



Parlamentssitzung vom 12. Januar .2018

Protokoll

Schloss Köniz, Rosstall
17:00 – 18:00 Uhr

Anwesend

Vorsitz Heinz Nacht, (SVP), Parlamentspräsident

Parlamentsbüro Mathias Rickli, (Grüne),, 1. Vizepräsident
Cathrine Liechti, (SP), 2. Vizepräsidentin
Heidi Eberhard,(FDP), Stimmzählerin
Katja Niederhauser-Streiff, (EVP), Stimmzählerin

Mitglieder des Parlaments

Elena Ackermann (Junge Grüne)	Ruedi Lüthi (SP)
Christina Aebischer (Grüne)	Thomas Marti (GLP)
Roland Akeret (GLP)	David Müller (Junge Grüne)
Dominic Amacher (FDP)	Matthias Müller (EVP)
Tanja Bauer (SP)	Mathias Robellaz (FDP)
Adrian Burkhalter (SVP)	Christian Roth (SP)
Dominique Bühler (Grüne)	Bruno Schmucki (SP)
Adrian Burren (SVP)	Ronald Sonderegger (FDP)
David Burren (SVP)	Arlette Mürger-Stauffner (SP)
Vanda Descombes (SP)	Barbara Thür (GLP)
Toni Eder (CVP)	Werner Thut (SP)
Thomas Frey (BDP)	Casimir von Arx (GLP)
Katharina Gilgen-Studer (SVP)	Iris Widmer (Grüne)
Beat Haari (FDP)	Markus Willi (SP)
Fritz Hänni (SVP)	Bernhard Zaugg (EVP)
Erica Kobel-Itten (FDP)	Reto Zbinden (SVP)
Andreas Lanz (BDP)	
Bernhard Lauper (SVP)	

Gemeinderat Annemarie Berlinger-Staub (SP), Gemeindepräsidentin
Thomas Brönnimann (GLP), Vizegemeindepräsident
Christian Burren (SVP), Gemeinderat
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Gemeinderat

Fachstelle Parlament Verena Remund-von Känel
Protokoll Ruth Spahr
Gemeindeschreiber Pascal Arnold

Entschuldigt Astrid Nusch Zanger, SP

Traktanden

1. Provisorische Stimmzählende; Wahl
2. Parlamentspräsidium 2018; Wahl
3. Parlamentsbüro 2018; Wahl 1. Vizepräsidium, 2. Vizepräsidium, 2 Stimmzählende
4. Geschäftsprüfungskommission 2018 - 2019, Wahl 7 Mitglieder, Präsidium und Vizepräsidium
5. Finanzkommission 2018 - 2019, Wahl 7 Mitglieder und Präsidium
6. Redaktionskommission 2018 - 2021, Wahl 5 Mitglieder und Präsidium
7. Nichtständige parlamentarische Kommission "OPR - Baurechtliche Grundordnung"; Wahl 9 Mitglieder und Präsidium
8. Protokoll der Parlamentssitzung vom 04.12.2017; Genehmigung
9. 1515 Postulat (SP, Köniz) „Ausgabenkosten einsparen statt Dienstleistungen abbauen“; Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen
10. 1721 Motion (BDP) "Infrastruktur für Elektrofahrzeuge - Parkplätze mit Elektroladestellen"; Beantwortung, Direktion Umwelt und Betriebe
11. Verschiedenes

Gemeindepräsidentin Annemarie Berlinger (SP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur ersten Parlamentssitzung der neuen Legislatur 2018 - 2021. Gemäss Art. 1 des Geschäftsreglements des Parlaments eröffnet die Gemeindepräsidentin die erste Parlamentssitzung der neuen Legislatur. Ich werde für die ersten beiden Traktanden den Vorsitz übernehmen.

In der nächsten Stunde wird hier auf dem Podium einiges an Bewegung stattfinden. Somit ist heute Beweglichkeit gefordert. Beweglichkeit wünsche ich uns allen auch für die gesamte Legislatur. Der Gemeinderat wird gefordert sein, wie auch das Parlament; wir werden uns gegenseitig herausfordern. Um all diese Herausforderungen bewältigen zu können, müssen wir beweglich sein. Beweglich sind wir, wenn wir nicht in alten Bildern verharren, uns nicht stur nur nach Tabellen orientieren oder an den vorgefertigten Meinungen festhalten. Ich wünsche uns allen, den gewählten Parlamentsmitgliedern, aber auch der Exekutive, in den nächsten vier Jahren viel Beweglichkeit, gute Schritte aufeinander zu tun, damit für die Gemeinde Köniz gute Lösungen entstehen und sich die Menschen in der Gemeinde Köniz wohl fühlen.

Es sind 38 Parlamentsmitglieder anwesend, somit ist das Parlament beschlussfähig.

Der Aktenversand für die heutige Parlamentssitzung erfolgte am 28. Dezember 2017.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

Traktandum 1

PAR 2018/1

Provisorische Stimmzählende

Wahl

Diskussion

Gemeindepräsidentin Annemarie Berlinger-Staub (SP): Es liegen zwei Vorschläge für die Wahl der provisorischen Stimmzählenden vor: Heidi Eberhard (FDP) und Katja Niederhauser-Streiff (EVP).

Beschluss

Das Parlament wählt folgende Parlamentsmitglieder als provisorische Stimmzählende:

1. Heidi Eberhard, FDP
 2. Katja Niederhauser, EVP
- (stillschweigende Wahl, Art. 76 GRP)

Traktandum 2

PAR 2018/2

Parlamentspräsidium 2018

Wahl

Diskussion

Fraktionssprecher Bernhard Lauper, SVP: Die SVP-Fraktion schlägt Ihnen Heinz Nacht zur Wahl als Parlamentspräsident für das Jahr 2018 vor.

Beschluss

Das Parlament wählt Heinz Nacht als Parlamentspräsident für das Jahr 2018.
(Wahlergebnis: Einstimmig)

Parlamentspräsident Heinz Nacht (SVP): Ich geniesse es, noch ein letztes Mal im 2018 hier ans Rednerpult zu treten.

Das Parlament in diesem Jahr präsidieren zu dürfen, ist mir eine grosse Ehre; vielen Dank für Ihr Vertrauen. Ich nehme die Wahl an.

Für 2018 überlegte ich mir folgendes Motto: „Schwein gehabt, Sorge tragen“. Ich beziehe dieses Motto auf mich: Ich hatte Schwein, hier in der Schweiz, in Bern geboren zu werden, in eine intakte Familie am Aarehang und eine wunderschöne Kindheit und Schulzeit erleben zu dürfen; mit einer Ausbildung bis hin zum Kaminfegermeister. Ich hatte Schwein, dass ich vor 38 Jahren auf einem Skilift im Selital ein Meitschi vom Weissenbühl kennenlernen durfte; nun meine Ehefrau und dass ich Vater von zwei wunderbaren Kindern werden durfte. Dass ich – zuerst zu zweit – und danach zusammen mit den Kindern, wunderbare lange Reisen rund um die Welt unternehmen konnte. Ich hatte Schwein, dass ich in jungen Jahren zusammen mit meinem Bruder eine eigene Firma gründen konnte, der eine eigene Software für Kaminfeger entwickelt und auch verkauft hat. Ich hatte Schwein, dass ich vor 20 Jahren das Kaminfegergeschäft meines Vaters in sechster Generation übernehmen durfte und vor allem, dass ich immer noch treue Mitarbeiter habe. Ich habe Schwein mit meinen Freunden und Kollegen, mit denen ich meine Leidenschaften wie Biken, Rennvelo fahren, Windsurfen, Boarden und vor allem grosse Reisen unternehmen, teilen darf. Ich hatte auch Schwein, dass ich all die Liegenschaften erwerben und diese mit eigenen Ideen sanieren durfte. Ich hatte Schwein, dass ich vor acht Jahren im letzten Moment als sogenannter Lückenfüller auf die SVP-Liste rutschte und dann gleich gewählt worden bin. Seitdem darf ich mit Ihnen zusammen politisieren.

Ich hatte in meinem Leben oft Schwein, im richtigen Augenblick am richtigen Ort zu sein. Deshalb muss ich Sorge tragen. Sorge tragen zu meiner Familie, zu meinen Freunden, zu meinen Mitarbeitern und zu meinen Kunden. Sorge tragen zu meinen Parteikollegen, zu meinen Fraktionskolleginnen und –kollegen. Ich diskutiere sehr gerne mit euch zusammen.

Zum Schluss für alle: Schwein gehabt haben wir doch alle zusammen, überhaupt hier zu sitzen, zusammen zu „chären“, um das Beste für die Gemeinde Köniz zu bewirken. Sorge tragen sollten wir alle zusammen zu dem, was wir in den letzten Jahren erreicht haben und hoffentlich noch weiter erreichen werden. Für mich ist klar: Es gibt auf der Welt zwar wunderschöne Flecken, als Ganzes gibt es aber nichts Besseres und Schöneres als hier zu leben.

Deshalb nochmals der Slogan: „Schwein gehabt, aber auch Sorge tragen.“

Traktandum 3

PAR 2018/3

Parlamentsbüro 2018

Wahl 1. Vizepräsidium, 2. Vizepräsidium, 2 Stimmzählende

Parlamentspräsident Heinz Nacht: Werden Parlamentsmitglieder für das erste Vizepräsidium 2018 vorgeschlagen?

Diskussion

Fraktionssprecherin Iris Widmer, Grüne: Die Fraktion der Grünen schlägt Ihnen Mathias Rickli zur Wahl als 1. Vizepräsident für das Jahr 2018 vor.

Cathrine Liechti, SP, trifft ein. Es sind 39 Mitglieder anwesend.

Fraktionssprecher Markus Willi, SP: Ich gratuliere zuerst Heinz Nacht zur Wahl zum Parlamentspräsidenten 2018.

Die SP-Fraktion freut sich sehr, dass sie für das 2. Vizepräsidium 2018 ihr jüngstes Parlamentsmitglied und Mitglied der JUSO, Cathrine Liechti, zur Wahl vorschlagen darf. Cathrine Liechti ist diplomierte Pflegefachfrau und arbeitet auf der Abteilung Kinderonkologie im Inselspital. Es freut mich, dass sie zugesagt hat. Cathrine Liechti wohnt mittlerweile im Liebefeld, ist im Herzen aber sicher noch in der oberen Gemeinde zuhause, wo sie in Niederscherli aufgewachsen ist. Da sie lange Jahre das Jugendparlament präsidiert hat, ist sie aus unserer Sicht sehr gut für dieses Amt qualifiziert. Ich danke Cathrine Liechti, dass sie bereit ist, das 2. Vizepräsidium auf sich zu nehmen.

Parlamentspräsident Heinz Nacht: Weiter geht es mit der Wahl der Stimmzählenden. Wir haben vorhin zwar zwei Stimmzählende – Heidi Eberhard und Katja Niederhauser-Streiff – gewählt, jedoch nur provisorisch. Damit wir ordnungsgemäss vorgehen, bitte ich das Parlament, die provisorische Wahl der Stimmzählenden für 2018 mit einer nochmaligen Zustimmung definitiv zu machen.

Beschluss

Das Parlament wählt folgende Parlamentsmitglieder für das Jahr 2018:

1. Mathias Rickli, Grüne, 1. Vizepräsident
(Wahlergebnis: Einstimmig)
2. Cathrine Liechti, SP, 2. Vizepräsidentin
(Wahlergebnis: Einstimmig)
3. Heidi Eberhard, FDP, Stimmenzählerin
Katja Niederhauser, EVP, Stimmenzähler
(Wahlergebnis: Einstimmig)

Traktandum 4

PAR 2018/4

Geschäftsprüfungskommission 2018 - 2019

Wahl 7 Mitglieder, Präsidium und Vizepräsidium

Parlamentspräsident Heinz Nacht: Zur Wahl in die Geschäftsprüfungskommission (GPK) stehen sieben Mitglieder, das Präsidium und das Vizepräsidium. Folgende Wahlvorschläge liegen vor: Vanda Descombes, SP, Ruedi Lüthi, SP, Bernhard Lauper, SVP, Adrian Burkhalter, SVP, Beat Haari, FDP, Thomas Marti, GLP, Dominique Bühler, Grüne.

Diskussion

Fraktionssprecherin Kathrin Gilgen, (SVP): Im Vorfeld von drei Sitzungen der Fraktionspräsidien war es leider nicht möglich einen gemeinsamen Konsens zu finden. Somit stellen sich heute Abend zwei Personen zur Wahl für das GPK-Präsidium zur Verfügung und es wird wahrscheinlich zu einer Kampfwahl kommen.

Am 15. Januar 2016 wurde Christoph Nydegger, damaliges SVP-Fraktionsmitglied, zum Vizepräsidenten der GPK gewählt. Die Wahl war damals unbestritten, keine andere Fraktion erhob Anspruch auf dieses Amt. An der Parlamentssitzung vom 25. April 2016 wurde anstelle von Christoph Nydegger neu Bernhard Lauper in die GPK gewählt und zur Wahl als Vizepräsident vorgeschlagen. Ich zitiere aus dem Protokoll der Parlamentssitzung vom 25.4.2016: „Da die Nomination nicht bestritten wird, erklärt Parlamentspräsident Markus Willi Bernhard Lauper (SVP), gewählt als Vizepräsident der GPK für die laufende Amtsdauer bis 31. Dezember 2017.“ Somit wurde wiederum von keiner Partei/Fraktion ein Anspruch auf das Vizepräsidium gestellt bis plötzlich vor eineinhalb Monaten ein Anspruch auf das Präsidium seitens der SP-Fraktion gefordert worden ist. Ein solches Vorgehen ist von unserer Seite nicht nachvollziehbar. Hier gilt es festzuhalten, dass es uns nicht um die Person Vanda Descombes geht. Wir schätzen ihre ruhige und kompetente Art. Deshalb haben wir auch, trotz ihrem Amt als Parlamentsmitglied, vor noch nicht langer Zeit ihre Wahl als Mitglied der Schulkommission unterstützt; eine anspruchsvolle und zeitaufwändige Aufgabe. Jetzt soll sie noch zusätzlich das Amt als Präsidenten der GPK übernehmen. Die SP-Fraktion Köniz wird doch nicht derart grosse Personalprobleme haben. Die SP-Fraktion soll sich deshalb für die Übernahme des GPK-Vizepräsidiums bewerben.

Aus diesem und folgenden Gründen beharrt die SVP-Fraktion auf den Anspruch für das GPK-Präsidium: Die SVP-Fraktion hatte in den letzten zwei Legislaturen das Amt des GPK-Präsidenten nicht inne. Als Vizepräsident kann man sich in zwei Jahren in verschiedenen Hinsichten auf die zwei Jahre als Präsident der GPK vorbereiten. Andere Ämter und eventuell auch berufliche wie private Verpflichtungen, werden angepasst und vielleicht sogar Zukunftspläne um zwei Jahre nach hinten verschoben. Dem sagt man pflichtbewusste Hingabe für ein Amt. Im Weiteren unterstützen wir nicht, dass aufgrund einer „Wurstelei“ plötzlich eine andere Fraktion vier Jahre in das Präsidium der Finanzkommission gedrängt werden will, und somit auch hier das Vizepräsidium ausgebootet wird. Dies nur, um die Grundsätze für einen Eigenbedarf einhalten zu können. Aufgrund solchen Vorgehens kann zukünftig auf die Wahl von Vizepräsidenten verzichtet werden. Der Willkür wird Tür und Tor geöffnet und die bis heute anständige politische Kultur in der Gemeinde Köniz mit Füßen getreten.

Die SVP-Fraktion stellt den Anspruch auf das GPK-Präsidium für die Jahre 2018/2019 und schlägt Ihnen Bernhard Lauper zur Wahl vor.

Fraktionssprecher Markus Willi, (SP): Auch die SP-Fraktion erhebt Anspruch auf das GPK-Präsidium. Als grösste Fraktion im Parlament haben wir unsere Verantwortung bisher in jeder Legislatur wahrgenommen und in der Regel alle vier Jahre irgendein Präsidium in einer Kommission übernommen. Das soll und muss aus unserer Sicht auch in dieser Legislatur so sein.

Das GPK-Präsidium ist aus unserer Sicht deshalb die richtige Wahl, weil erstens mit Vanda Descombes ein langjähriges erfahrenes Mitglied bereit steht, diese Aufgabe zu übernehmen. Vanda Descombes ist seit vier Jahren GPK-Mitglied und absolviert ihre letzte Legislatur. Zweitens ist sie die richtige Wahl, weil es aufgrund der aktuellen Konstellation des Gemeinderats nicht opportun wäre – und hier im Saal auf nicht sehr grosse Akzeptanz stossen würde – wenn die SP-Fraktion das Präsidium der Finanzkommission übernehmen würde.

Deshalb schlagen wir Ihnen Vanda Descombes zur Wahl als GPK-Präsidentin vor. Mit ihr steht ein erfahrenes Parlamentsmitglied und langjähriges GPK-Mitglied – Referentin der Direktion Sicherheit und Liegenschaften – zur Verfügung. Als Leiterin für die Aus- und Weiterbildung von Kaderpersonen weiss Vanda Descombes sehr wohl, wie Sitzungen zu leiten sind. Als ehemalige Gymnasiallehrerin hat sie auch Methoden in petto, sollte es heikel werden.

Die SP-Fraktion schlägt Ihnen Vanda Descombes zur Wahl als GPK-Präsidentin vor.

Fraktionssprecherin Erica Kobel, (FDP): Bevor ich meine Erläuterungen abgebe, halte ich fest, dass ich als Sprecherin der FDP-Fraktion hier für eine Grundsatzerklärung ans Rednerpult komme und die Haltung der FDP-Fraktion in dieser Sache abgebe.

Für die Einteilung der Ämter und Kommissionen arbeitet das Könizer Parlament seit langer Zeit mit der so genannten, - von allen akzeptierten – „Hermannschen Tabelle“ oder „Gyselschen Tabelle“. Diese Tabelle geht von einer quasi $\pm 50 :50$ - Prozent-Verteilung, einerseits auf bürgerliche und andererseits auf Mitte-Links-Vertretungen, aus. Basierend auf den neuen Wahlergebnissen – die wir alle akzeptieren – hat sich nun eine Ausgangslage ergeben, die zu neuen Überlegungen führt. Bürgerliche und Linke sind als Pole nach wie vor vorhanden und dazwischen hat sich rund um die GLP ein bunter Blumenstrauß von Kleinparteien gefunden, die eine neue Heimat suchen. Der Begriff Kleinparteien soll nicht despektierlich sein, deshalb habe ich den Begriff Blumenstrauß als schönes Bild gewählt. Meiner Ansicht nach definiert sich eine Fraktion grundsätzlich als ein Zusammenschluss von gleichen oder gleichgesinnten Parteien, die für die Meinungsbildung wichtig sind und versuchen, sich auf eine einheitliche Position festzulegen. Etwas das vielfach nicht einmal in der eigenen Partei einfach ist. Auf die Entwicklung des Blumenstraußes warten wir gespannt.

Die FDP-Fraktion kann sich jedoch mit den vorgeschlagenen – von den Fraktionen ausgehandelten – Anpassungen, die die neue Legislatur regeln sollen, nicht einverstanden erklären. Zugunsten der Mitte soll die FDP-Fraktion, die ihren Wähleranteil bei den letzten Wahlen um immerhin mehr als 4 Prozent steigern konnte, nun abgestraft werden und das Parlamentspräsidium soll erst zu einem späteren Zeitpunkt, als gemäss alter Methode effektiv vorgesehen, wieder durch die FDP-Fraktion übernommen werden. Das ist für uns kein gangbarer Weg. Im Übrigen sind wir der Ansicht, dass Kommissionen nicht gemäss Regeln, sondern nach Sachkompetenzen und gesundem Menschenverstand aufgeteilt werden sollen. Hier geht es uns definitiv um die Sache. Auch die Gemeindepräsidentin hat in ihrem Votum festgehalten, dass man sich nicht stur an Tabellen halten soll.

Die FDP-Fraktion unterstützt aus den genannten Gründen die SVP-Fraktion mit ihrem Ansinnen einer so genannten Übergangsl legislatur, die sich auf die noch bestehende Ordnung beruft und zurzeit in keiner Art und Weise Parteien oder Fraktionen ungerecht behandelt.

Fraktionssprecherin Iris Widmer, (Grüne): Die Fraktion der Grünen unterstützt die SP-Fraktion für die Wahl des GPK-Präsidiums.

Die Fraktion der Grünen ist der Auffassung, dass den neuen, veränderten politischen Kräfteverhältnissen bei der Besetzung von Ämtern und Kommissionen Rechnung zu tragen ist. Auch wenn noch Unklarheiten darüber bestehen, wie sich die Mitte dereinst entwickeln wird. Anlässlich von mehreren Sitzungen wurde über die Regeln diskutiert, die Casimir von Arx mit mathematischer Sorgfalt und Genauigkeit ausgearbeitet hat. Diese Regelungen sind im Grundsatz begrüsst worden, auch wenn sie nun wieder bestritten werden. Die Regelungen sollen deshalb auch nicht zur Anwendung kommen. Wir sind jedoch der Auffassung, dass keine Übergangsl legislatur notwendig und den veränderten Rechnung zu tragen ist. Die Fraktion der Grünen will sich bereits jetzt an die neuen Regelungen halten und unterstützt deshalb die SP-Fraktion.

Fraktionssprecher Casimir von Arx (GLP): Die Mitte-Fraktion ist angesprochen worden. Bei der bis vor kurzem beanspruchten „Gyselschen Tabelle“ war immer klar, dass sie neu zu verhandeln ist, sobald sich die Mehrheitsverhältnisse im Parlament ändern. Das ist nun passiert und deshalb wurde eine neue Tabelle erarbeitet.

Die Mitte-Fraktion verfügt über 10 Mitglieder, das Parlament besteht aus 40 Mitgliedern. Pro Legislatur wechselt das Parlamentspräsidium vier Mal und somit liegt es auf der Hand, dass die Mitte-Fraktion in dieser Legislatur das Parlamentspräsidium einmal übernehmen wird. Die neu aufgestellten Regelungen sehen dies so vor.

Was das GPK-Präsidium anbelangt, unterstützen wir die Kandidatur der SP-Fraktion.

Bernhard Lauper (SVP): Das Votum von Casimir von Arx bringt das Problem auf den Punkt: Die Kräfteverhältnisse werden mit der Wahl des GPK-Präsidiums vermischt. Das hat jedoch im vorliegenden Fall mit den Kräfteverhältnissen nichts zu tun. Ich bitte Sie, dies zu berücksichtigen.

Beschluss

1. Das Parlament wählt folgende Parlamentsmitglieder als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission:
Vanda Descombes, SP, Ruedi Lüthi, SP, Bernhard Lauper, SVP, Adrian Burkhalter, SVP, Beat Haari, FDP, Thomas Marti, GLP, Dominique Bühler, Grüne
(Wahlergebnis: Einstimmig)
2. Das Parlament wählt Vanda Descombes (SP) als Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission.
(Wahlergebnis: Bernhard Lauper, SVP: 12 Stimmen, Vanda Descombes, SP: 23 Stimmen)

Die Wahl des Vizepräsidiums der GPK wird auf die nächste Parlamentssitzung verschoben.

Traktandum 5

PAR 2018/5

Finanzkommission 2018 - 2019

Wahl von 7 Mitgliedern und Präsidium

Parlamentspräsident Heinz Nacht: Zur Wahl als Mitglieder der Finanzkommission werden vorgeschlagen: Christian Roth, SP, Markus Willi, SP, Kathrin Gilgen-Studer, SVP, Reto Zbinden, SVP, Erica Kobel-Itten, FDP, Casimir von Arx, GLP, Iris Widmer, Grüne.

Diskussion

Bernhard Zaugg (Mitte-Fraktion): Die Mitte-Fraktion schlägt Casimir von Arx zur Wahl als Präsident der Finanzkommission vor. Sollte es zu einer Kampfwahl kommen, werden wir diesen Vorschlag gleichzeitig zurückziehen.

Beschluss

1. Das Parlament wählt folgende Parlamentsmitglieder als Mitglieder der Finanzkommission:
Christian Roth, SP, Markus Willi, SP, Katrin Gilgen, SVP, Reto Zbinden, SVP, Erica Kobel-Itten, FDP, Casimir von Arx, GLP und Iris Widmer, Grüne.
(Wahlergebnis: Einstimmig)
2. Das Parlament wählt Casimir von Arx, GLP, als Präsident der Finanzkommission.
(Wahlergebnis: Einstimmig)

Iris Widmer (Grüne): Ich erlaube mir an dieser Stelle Erica Kobel-Itten zu verabschieden, die bis zum 31. Dezember 2017 das Präsidium der Finanzkommission innehatte. Ich danke ihr herzlich für ihre Arbeit. Sie hat uns mit ihrer unkonventionellen Art und ihrer frohen Natur stets sicher durch die Sitzungen geführt. Sie fragte im entscheidenden Moment nach, insistierte und scheute keine Auseinandersetzung mit dem Gemeinderat.

Sie hatte den Mut Fragen zu stellen, auch wenn sie der Ansicht war, dass man dies eigentlich wissen müsste. Das ist in meinen Augen eine grosse Stärke und keine Schwäche, denn wir alle konnten aus den Antworten auf die Fragen von Erica Kobel-Itten lernen. Ich danke ihr im Namen der Finanzkommission für die geleistete Arbeit und bedaure es persönlich sehr, dass sie das Präsidium nicht noch zwei Jahre beibehalten wird.

Traktandum 6

PAR 2018/6

Redaktionskommission 2018 - 2021

Wahl 5 Mitglieder und Präsidium

Parlamentspräsident Heinz Nacht: Folgende Wahlvorschläge liegen vor: Bruno Schmucki, SP, Heidi Eberhard, FDP, Bernhard Zaugg, EVP, Sitzanspruch GLP, David Müller, Junge Grüne, David Burren, SVP.

Diskussion

Fraktionssprecherin, Erica Kobel (FDP): Wir schlagen dem Parlament vor, das Präsidium wiederum an die bisherige Präsidentin Heidi Eberhard zu übergeben. Aufgrund ihrer pflichtbewussten Art, ihren guten Deutschkenntnissen und der hervorragenden Qualität, Dinge richtig auszudrücken, bitten wir Sie, Heidi Eberhard nochmals zur Präsidentin der Redaktionskommission zu wählen.

Beschluss

1. Das Parlament wählt folgende Parlamentsmitglieder als Mitglieder der Redaktionskommission 2018 – 2021: Bruno Schmucki, SP, Heidi Eberhard, FDP, Bernhard Zaugg, EVP, David Müller, Junge Grüne und David Burren, SVP.
(Wahlergebnis: Einstimmig)
2. Das Parlament wählt Heidi Eberhard, FDP als Präsidentin der Redaktionskommission.
(Wahlergebnis: Einstimmig)

Traktandum 7

PAR 2018/7

Nichtständige parlamentarische Kommission „OPR – Baurechtliche Grundordnung“

Wahl 9 Mitglieder und Präsidium

Parlamentspräsident Heinz Nacht: Die nichtständige parlamentarische Kommission „OPR – Baurechtliche Grundordnung“ wurde 2017 durch das Parlament eingesetzt. Sie besteht bis zum Abschluss der OPR (Ortsplanungsrevision). Da die OPR noch nicht abgeschlossen ist, ist dementsprechend die Arbeit der Kommission noch nicht abgeschlossen. Bei Legislaturwechsel müssen, damit der Proporzschlüssel wieder hergestellt werden kann, nichtständige Kommissionen neu besetzt, respektive neu gewählt werden.

Folgende Wahlvorschläge liegen vor. Astrid Nusch, SP, Cathrine Liechti, SP, Markus Willi, SP, Fritz Hänni, SVP, Adrian Burren, SVP, Beat Haari, FDP, Andreas Lanz, BDP, Thomas Marti, GLP, Elena Ackermann, Junge Grüne.

Diskussion

Fraktionssprecherin Erica Kobel (FDP): Die FDP-Fraktion schlägt Ihnen den bisherigen Präsidenten Beat Haari zur Wahl als Präsident der nichtständigen Kommission „OPR – Baurechtliche Grundordnung“ vor. Beat Haari verfügt über das entsprechende Know-how und er hat von Beginn an daran mitgearbeitet. Er ist somit die richtige Person das Projekt zu Ende zu führen.

Beschluss

1. Das Parlament wählt folgende Parlamentsmitglieder als Mitglieder der nichtständigen parlamentarischen Kommission „OPR- Baurechtliche Grundordnung“: Astrid Nusch, SP, Cathrine Liechti, SP, Markus Willi, SP, Fritz Hänni, SVP, Adrian Burren, SVP, Beat Haari, FDP, Andreas Lanz, BDP, Thomas Marti, GLP und Elena Ackermann, Junge Grüne (Wahlergebnis: stillschweigend)
2. Das Parlament wählt Beat Haari, FDP, als Präsident der nichtständigen parlamentarischen Kommission „OPR-Baurechtliche Grundordnung“ (Wahlergebnis: Einstimmig)

Traktandum 8

PAR 2018/8

Protokoll der Parlamentssitzung vom 04.Dezember 2017

Genehmigung

Diskussion

Das Wort zur Diskussion wird nicht verlangt

Beschluss

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 4. Dezember 2017 wird genehmigt.
(Abstimmungsergebnis: stillschweigend)

Traktandum 9

PAR 2018/9

1515 Postulat (SP, Köniz) „Ausgabenkosten einsparen statt Dienstleistungen abbauen“

Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Das Parlament hat das vorliegende Postulat an seiner Sitzung vom 15. Februar 2016 erheblich erklärt (Beilage 1). In der Stadt Bern und in Ostermundigen sind ähnliche Postulate eingereicht und im Juli 2017 (vom Stadtrat Bern) respektive im Februar 2016 (vom Grossen Gemeinderat Ostermundigen, mit einer leichten Abänderung) erheblich erklärt worden.

2. Prüfung des Postulats-Anliegens

Wie in der gemeinderätlichen Postulatsantwort angekündigt, hat der Gemeinderat interne Koordinations- und Optimierungsmassnahmen geprüft und z.T. bereits realisiert. Zudem wurden vertiefte Abklärungen über die Möglichkeiten zur verstärkten Zusammenarbeit mit den Gemeinden Bern und Ostermundigen gemacht. Des Weiteren wurden die bisherigen Erfahrungen mit angestrebten oder realisierten Kooperationen im Beschaffungsbereich analysiert.

3. Massnahmen zur Optimierung des Beschaffungswesens in der Gemeinde Köniz

Die Beschaffungen der Gemeinde Köniz werden von den jeweils federführenden Abteilungen durchgeführt, mit punktueller Unterstützung von externen Fachpersonen und/oder aus anderen Abteilungen (z.B. FS Recht, Erfahrungsgruppe Beschaffung). Eine eigene zentrale Beschaffungsstelle - wie sie die Stadt Bern kennt - gibt es in Köniz nicht, das Fachwissen soll weiterhin in den Abteilungen bzw. auf Ebene Projektleitung erhalten und weiterentwickelt werden. Innerhalb der Verwaltung werden Beschaffungen wo sinnvoll koordiniert durchgeführt. Beispielsweise wird der Grossteil der Gemeinde-Fahrzeuge seit einiger Zeit zentral von der Gruppe Fahrzeuge und Werkstatt beschafft.

Die Gemeinde Köniz verfügt seit mehreren Jahren verwaltungsintern über einen „Submissionsordner“ als Leitfaden für die gesamte Gemeindeverwaltung. Dieser Submissionsordner wurde in den letzten Monaten unter Leitung der direktionsübergreifenden „Erfahrungsgruppe Beschaffung“ vollständig überarbeitet und elektronisch verfügbar gemacht. Der Submissionsordner enthält u.a. einen detaillierten Leitfaden, Rechtsgrundlagen, Checklisten, Musterformulare, Beispiele und Merkblätter für die verschiedenen Arten von Beschaffungen in der Gemeinde Köniz. Zudem fand im Oktober und November 2017 eine Reihe von internen Schulungen für die Mitarbeitenden zum Thema Beschaffungen statt. Nebst der Vorstellung des überarbeiteten Submissionsordners wurde auch das Thema der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und Organisationen diskutiert.

4. Kooperation und Koordination mit anderen Gemeinden

Direkte Kooperationen mit anderen Gemeinden

In einer verwaltungsinternen Umfrage wurden die wichtigsten Projekte mit einer direkten Kooperation mit anderen Gemeinden im Beschaffungswesen zusammengetragen und analysiert:

- Im Bereich der Siedlungsentwässerung und Abwasserreinigung erfolgen die Beschaffungen via die regionalen Organisationen Ara Region Bern AG und Ara Sensetal. Seit Jahrzehnten werden gemeinsame Beschaffungen unterschiedlichster Leistungen durchgeführt, insbesondere in den Bereichen Bauleistungen und Verfahrenstechnik. Die gemeinsame Beschaffung ist hierbei eine von vielen genutzten Synergien.
- Bei der Abnahme und Verwertung von Papier/Karton aus kommunalen Sammlungen erfolgte 2017 eine gemeinsame Offerteinholung (Stadt Bern, Gemeinde Köniz, Stadt Biel und umliegende Gemeinden, AVAG Thun, KEWU) unter Pooling der Sammelmengen, mit dem Ziel eines guten Preisresultats für die gesamte Region. Die Auftragsvergabe erfolgt anschliessend durch jede Institution/Organisation einzeln.
- In verschiedenen Bereichen erfüllt die Gemeinde Köniz ihre Aufgaben in Kooperation mit anderen Gemeinden, in diversen Organisationsformen (z.B. RKZ BBM als Gemeindeverband, Betrieb der Sporthalle Weissenstein als AG). Diese gemeinsam errichteten Institutionen führen häufig Beschaffungen durch.
- Weitere Beispiele sind die gemeinsame Beschaffung von Abstimmungscouverts mit der Stadt Bern oder das Informatikzentrum Köniz-Muri, welches seit 20 Jahren gemeinsame Beschaffungen für IT-Produkte für Köniz und andere Zusammenarbeitsgemeinden durchführt.
- In anderen Bereichen wurde die Möglichkeit einer gemeinsamen Beschaffung geprüft, aber schliesslich verworfen. So wurde etwa die Beschaffung von Büromaterial via die Stadt Bern (Bern Logistik) geprüft, aber die Konditionen des jetzigen Auftragnehmers waren vorteilhafter. Auch bei der Beschaffung des Dokumenten-Management-System (DMS) für die gesamte Gemeindeverwaltung wurde eine gemeinsame Beschaffung mit anderen Gemeinden geprüft, aufgrund unterschiedlichen Projekt- und Terminplanungen wurden diese aber nicht realisiert.

Die Hauptgründe für die Kooperationen sind eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit (bessere Konditionen bei grösserem Volumen) und eine Reduktion des administrativen Aufwands. Die Erfahrungen sind grundsätzlich positiv, wobei der zusätzliche Koordinationsaufwand in gewissen Projekten nicht zu unterschätzen ist. Am einfachsten realisierbar sind gemeinsame Beschaffungen im Rahmen von gemeinsamen Strukturen. Für gemeinsame Beschaffungen von Einzelobjekten müssen verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein, insbesondere ein identischer Beschaffungsgegenstand, eine gemeinsame Projekt- und Investitionsplanung bereits in einem frühen Stadium, sowie eine Abgleichung der politischen Prozesse und Entscheidungsabläufe. Zudem muss der Gegenstand eine kritische Grösse erreichen, welche finanziell ins Gewicht fällt.

Falls diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, machen gemeinsame Beschaffungen wenig Sinn. So sind beispielsweise die Beschaffungsgegenstände im Hochbaubereich (Bauleistungen) häufig sehr projekt- und terminspezifisch, was auch für die Projekt- und Investitionsplanung gilt. Auch würde der zusätzliche Koordinationsaufwand das potenzielle Sparpotenzial nicht decken.

Erfahrungsaustausch

Neben konkreten Zusammenarbeitsprojekten findet ein regelmässiger Erfahrungsaustausch zu Beschaffungsthemen mit anderen Gemeinden statt. Das Beschaffungswesen ist ein Thema in der Arbeitsgruppe Städte und Gemeindefinformatik der Schweizerischen Informatikkonferenz SIK. Die Abteilung Gemeindebauten tauscht regelmässig mit Immobilien Stadt Bern Ausschreibungsvorgehen und Erfahrungen bei Hochbausubmissionen aus. Auch bei der Beschaffung des oben erwähnten DMS hat die Gemeinde Köniz Beschaffungsfragen und -unterlagen (Pflichtenhefte, Verfahren etc.) mit dem Kanton Bern, der Stadt Bern und der Stadt Nidau ausgetauscht. Je nach Bereich findet dieser Erfahrungsaustausch im Rahmen einer kurzen Anfrage oder eines Telefongesprächs, im Austausch von Dokumenten, in gemeinsamen Arbeitsgruppen bis hin zum Austausch und der Angleichung von Submissionsunterlagen statt.

5. Die Rückmeldungen aus Regionsgemeinden

Die Diskussionen mit den im Postulat aufgeführten Gemeinden Bern und Ostermundigen haben gezeigt dass sowohl die Stadt Bern als auch Ostermundigen punktuell gemeinsame Beschaffungen mit Nachbargemeinden und/oder im Rahmen von gemeinsamen Projekten oder Gemeindeverbänden durchführt (z.B. Tanklöschfahrzeug, Kommunalfahrzeug). Beide Gemeinden betonen ebenfalls, dass gemeinsame Beschaffungen sinnvoll und erfolgreich sind, wenn die Projekt- und Investitionsplanung abgestimmt ist und die politischen Entscheidungsprozesse im Gleichschritt verlaufen. Die Gemeinde Ostermundigen ist zurzeit an der Erarbeitung eines Leitfadens zum Beschaffungswesen, in welchem die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden ebenfalls thematisiert und gefördert wird. Beide Gemeinden haben zudem ihren Willen zum Erfahrungsaustausch und - bei konkreten Projekten zur vertieften Zusammenarbeit im Rahmen der oberwähnten Voraussetzungen und/oder bei standardisierten Produkten - bekräftigt.

6. Finanzen

Die gemeindeinterne Analyse der bisherigen Erfahrungen sowie die Diskussionen mit Bern und Ostermundigen haben gezeigt, dass eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden bei Beschaffungen bis hin zu gemeinsamen Beschaffungen verschiedene Vorteile hat. Mit grösserem Umfang können bessere Konditionen erreicht werden, zudem können gemeinsame Verfahren zu einer höheren Effizienz und einer weiteren Professionalisierung beitragen. Die Partner können von den jeweiligen Erfahrungen und Kompetenzen profitieren. Gemeinsame Beschaffungen haben sich in der Praxis bei spezifischen Zusammenarbeits-Projekten und dabei insbesondere im Rahmen von gemeinsamen Institutionen bewährt.

Wenig sinnvoll sind hingegen gemeinsame Beschaffungen in den Bereichen, bei welchen die Beschaffungsgegenstände projekt- und terminspezifisch sind und/oder bei denen eine Koordination der Projekt- und Investitionsplanung sowie der Entscheidungsprozesse nur schwierig zu realisieren ist. Ersatzbeschaffungen von Maschinen oder Fahrzeugen sind beispielsweise stets an Lebenszyklen gebunden, was gemeinsame Beschaffungen schwierig macht. Als weitere Voraussetzung müssen die Schwellenwerte und Verfahrensvorschriften gleich ausgestaltet sein.

Regelmässige institutionalisierte gemeinsame Beschaffungen mit spezifischen Gemeinden wären hingegen nur mit der Einrichtung einer gemeinsamen Beschaffungsstelle möglich, welche von den partizipierenden Gemeinden finanziert werden müsste. Hierfür müssten zuerst Reglemente, Entscheidungskompetenzen und Verfahren angeglichen werden, was mit einem beträchtlichen Aufwand verbunden wäre, weshalb der Gemeinderat hier zurzeit keinen Handlungsbedarf sieht.

Zusätzlich zu den unter Kapiteln 3 und 4 aufgeführten Erfahrungen und Massnahmen erachtet der Gemeinderat eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit Nachbar- und Regionsgemeinden im Beschaffungswesen als sinnvoll. Der Erfahrungsaustausch soll weiter gepflegt und ausgebaut werden. Gemeinsame Beschaffungen sollen punktuell im Rahmen der oberwähnten Voraussetzungen für spezifische Projekte durchgeführt und gefördert werden. Gerade bei wiederkehrenden Ausschreibungen von Produkten, bei denen keine grosse Variantenvielfalt möglich ist (z.B. IT-Geräte) und/oder bei mehrjährigen Volumen (z.B. Dienstkleider im handwerklichen Bereich) gibt es durchaus noch Potenzial, welches genutzt werden kann und soll.

Die Zusammenarbeit soll dabei nicht spezifisch auf Bern und Ostermundigen beschränkt werden, vielmehr soll die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Nachbars- und Regionsgemeinden, abhängig vom spezifischen Bereich/Beschaffungsobjekt, realisiert werden.

7. Beilagen

Parlamentsantrag Beantwortung vom 16. Dezember 2015

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat wird abgeschrieben.

Diskussion

Erstunterzeichner, Ruedi Lüthi (SP): Das Postulat hat etwas bewirkt. Analysen wurden vorgenommen, Beschaffungsprozesse wurden überprüft und auch Leitfäden, Checklisten, usw. sind überarbeitet worden. Gelesen werden kann auch, dass im letzten Jahr eine Schulung durchgeführt worden ist und dass über Zusammenarbeit wenigstens diskutiert worden ist. Es gibt eine Zusammenstellung, wo Kooperationen vorhanden sind. Festgehalten wird auch, dass eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden bei Beschaffungen bis hin zu gemeinsamen Beschaffungen verschiedene Vorteile hat. Mit grösserem Umfang können bessere Konditionen erreicht werden, zudem können gemeinsame Verfahren zu einer höheren Effizienz und einer weiteren Professionalisierung beitragen. Leider fehlen jedoch Massnahmen.

Ich erwähne hier einige Punkte, die im Fazit des Gemeinderats vorhanden sind und einige Widersprüche: So ist beispielsweise die Aussage enthalten, dass gemeinsame Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen oder Maschinen aufgrund des Lebenszyklus schwierig seien und dies eher wenig geeignet ist. Gerade in der Analyse wurde festgestellt, dass z. B. die Gemeinden Bern und Ostermundigen bereits gemeinsam beschaffen, weil dies wirtschaftlicher ist. Gerade Unterhalts- und Wartungsarbeiten sind Kosten, die bei der Beschaffung oft zu wenig betrachtet werden. Genau dies sind jedoch wichtige Punkte, da es sich um wiederkehrende Kosten handelt. Aus diesem Grund wird beispielsweise im IT-Umfeld schon länger gemeinsam beschafft. Deshalb ist es auch wichtig, dass Kooperationen vorgenommen werden, denn damit können Ausgaben eingespart werden.

Auch auf die Schwellenwerte wird eingegangen. Richtig ist die Feststellung, dass nicht alle Beschaffungen gemeinsam vorgenommen werden. Wo die Schwellenwerte nicht erreicht werden, muss ein anderes Verfahren gewählt werden. Solche Beschaffungen können weiterhin individuell ausgehandelt werden. Wir sprechen hier jedoch von grossen Beschaffungen.

Das Postulat verlangt auch keine Einrichtung einer neuen Beschaffungsstelle, denn die Stadt Bern verfügt bereits über eine solche. Vielmehr stellt sich die Frage, ob nicht andere Gemeinden daran partizipieren könnten und diese Einrichtung auch benützen. Das wurde leider nicht geprüft. Der vorherige Gemeinderat war der Ansicht, dass hier kein Handlungsbedarf besteht. Gleichzeitig hält der vorherige Gemeinderat aber fest, dass es sinnvoll ist, gemeinsame Beschaffungen zu fördern und auszubauen. Wie dies vorgenommen werden soll, ist nirgends aufgeführt. Beim bereits laufenden Erfahrungsaustausch wird es höchstens nicht schlechter als aktuell, sicher jedoch nicht besser. Wir wollen jedoch, dass wirtschaftlicher beschafft werden kann oder die Ausgabenkosten gesenkt werden können.

Ich hoffe, dass der neue Gemeinderat etwas weniger Berührungängste für Kooperationen mit anderen Gemeinden hat als der vorherige und nicht gleich Angst hat, dass Zusammenarbeit gleich zu Gemeindefusionen führen könnte. Das ist sicher nicht der Fall. Im Gegenteil: Gerade Kooperationen wären Alternativen, damit nicht über Zusammenschlüsse nachgedacht werden muss.

Die SP-Fraktion wird die vom Gemeinderat beantragte Abschreibung nicht ablehnen. Wir hoffen jedoch und setzen darauf, dass der neue Gemeinderat in Bezug auf Kooperationen mit Kerngemeinden – insbesondere mit der Stadt Bern – offener wird und dass dies in der neuen Legislatur öfter vorgenommen wird als bis anhin.

Eine Möglichkeit ist beispielsweise die Resonanzgruppe, wo ein Pilotversuch gestartet wird. Themen wie „shared- oder smart-Region Bern“ werden in der neuen Legislatur sicher aktuell sein. Damit wird das Thema Beschaffung in der nächsten Zeit aktuell bleiben.

Gemeindepräsidentin Annemarie Berlinger-Staub (SP): Der Vorstoss wurde noch vom vorherigen Gemeinderat behandelt. Ich versichere Ihnen hier, dass der Vorstoss in der Verwaltung durchaus einiges ausgelöst hat. Das können Sie den Unterlagen entnehmen. Beschaffungen bleiben aktuell. Wir werden dieses Thema nicht ad acta legen, sondern es wird auch den neuen Gemeinderat beschäftigen.

Hier ist bereits viel Vorarbeit geleistet worden, die wir zu schätzen wissen. Wir werden weiter dran bleiben.

Beschluss

Das Postulat wird abgeschrieben.
(Abstimmungsergebnis: Einstimmig)

Traktandum 10

PAR 2018/10

1721 Motion (BDP) „Infrastruktur für Elektrofahrzeuge – Parkplätze mit Elektro-Ladestellen“

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

Das Traktandum wird auf die Parlamentssitzung vom 12. Februar 2018 verschoben.

Traktandum 11

PAR 2018/11

Verschiedenes

Folgender Vorstoss wird neu eingereicht:

1801 Motion (Junge Grüne, Grüne) „Lohngleichheit in Köniz“

Diskussion

Parlamentspräsident Heinz Nacht, SVP: Am 12. Februar 2018 findet vor der Parlamentssitzung eine Sitzung des Parlamentsbüros statt.

Das Parlamentsbüro hat in der letzten Legislatur beschlossen, die Beantwortungsfrist der Interpellation 1724 „Aktueller Zustand des Jugendparlaments“ bis zum 18. Januar 2018 zu verlängern.

Ich bitte Sie, sich den zweiten Termin der Parlamentssitzung vom 28. Mai 2018 – den 4. Juni 2018 – zu reservieren. Es ist – noch nicht definitiv – vorgesehen, an diesem Termin die Vorlage Ortsplanungsrevision zu diskutieren.

Zum Schluss: Da wir Kaminfeger gemeinhin als Glücksbringer gelten, werden Ihnen meine Mitarbeiter am Ausgang einen Glückstaler abgeben, damit – wie ich hoffe – alle Abstimmungen im 2018 perfekt abgehalten werden können. Ich freue mich, Sie alle in einer Stunde wieder auf dem Gurten zu sehen.

Im Namen des Parlaments

Heinz Nacht
Parlamentspräsident

Verena Remund-von Känel
Leiterin Fachstelle Parlament